



Vom Wahlkreis in die große Politik: Thorsten Frei im Gespräch mit SÜDKURIER-Volontär Kevin Rodgers. Neben der Wahlkreisvertretung arbeitet der CDU-Bundestagsabgeordnete vor allem als Außenpolitiker. Gerade ist er zurück aus dem Iran, wo er unter anderem wirtschaftspolitische Gespräche geführt und Vertreter der Zivilgesellschaft getroffen hat. BILD: JENS FRÖHLICH

„Können Ärzte nicht aufs Land zwingen“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei spricht im SÜDKURIER-Sommerinterview über die Folgen der Flüchtlingskrise, die Kommunalwahlen 2019 und über die Probleme bei der Ärzteversorgung im ländlichen Raum

Herr Frei, haben Sie den Koalitionskrach mit der CSU gut überstanden?

Ich schon. Aus meiner Sicht war der Streit unnötig wie ein Kropf, zumal wir schon 2015 die Zurückweisung derjenigen, die nicht bleiberechtigt sind, vereinbart hatten. Tatsache ist aber, dass ein Großteil der nicht bleiberechtigten Migranten derzeit nicht zurückgeführt werden. Da macht es Sinn, an der deutschen Grenze diejenigen zurückzuweisen, die sicher nicht schutzbedürftig sind.

Umfragen sehen schon seit längerer Zeit eine Mehrheit für Grenzkontrollen.

Das Schengener Abkommen wurde unter der Bedingung abgeschlossen, dass man Binnengrenzen abbaut und im Gegenzug die Außengrenze der EU schützt. Die Kontrollen an der Binnengrenze haben wir größtenteils abgebaut, aber die Außengrenzen sind bisher noch nicht ausreichend geschützt. Das muss nachgeholt werden.

Was bedeutet das für unsere Region? Grenzkontrollen am Randen?

Ich fände das definitiv nicht gut. Aber wenn alle Stricke reißen und es um unsere Sicherheit geht, würde ich das selbstverständlich akzeptieren. Aber das wäre ein Stück weit das Scheitern der Politik.

Viele Menschen spüren beim Thema Migration einen Stimmungswandel in der Gesellschaft.

Ich würde diese Beobachtung teilen und kann sie auch ein Stück weit nachvollziehen. Meine Erfahrung ist im Grunde genommen immer dieselbe. Die Menschen sagen: Wir möchten denen helfen, die vor Krieg fliehen. Aber wir möchten nicht, dass jeder, der möchte, einfach nach Deutschland kommen und hier die Leistungen des Sozialstaats in Anspruch nehmen kann.

Wie bewerten Sie die Entwicklungen seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015?

Das Grundrecht auf Asyl ist unbestritten, trifft aber nur auf weniger als 0,5 Prozent der Flüchtlinge zu. Die überwiegende Mehrzahl ist aber entweder im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiär geschützt.

Zur Person

Thorsten Frei, 44, ist seit 2013 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Schwarzwald-Baar. Im Bundestag ist er unter anderem Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe. Von 2004 bis 2013 war der CDU-Politiker Oberbürgermeister von Donaueschingen. Seit 2011 ist er Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. Frei ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Donaueschingen. (kbr)

Welche Folgerungen ziehen Sie in diesem Zusammenhang für die Politik?

Zwei. Erstens sind wir eine alternde Gesellschaft, die auf eine Netto-Zuwanderung von 300 000 Menschen pro Jahr angewiesen ist. Also tun wir gut daran, ein Zuwanderungsgesetz für Fachkräfte auf den Weg zu bringen. Dann lautet das zentrale Kriterium: Wen braucht unsere Gesellschaft? Und nichts anderes. Dieses Gesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Und die zweite Folgerung?

Da geht es um Flüchtlinge. Also diejenigen, die unsere Hilfe brauchen, im Gegensatz zu Migranten. Wenn wir das Asylrecht aufrechterhalten wollen, müssen wir in Zukunft stärker differenzieren. Und dann muss es auch gelingen, diejenigen zurückzuweisen, die unrechtmäßig hier sind. Die Gesamt-schutzquote liegt aktuell bei etwa 30 Prozent, es bleiben jedoch mehr als 90 Prozent.

Seit 2015 hat die CDU in Bund und Land Federn gelassen. Was macht die Partei falsch, warum erreichen Sie die konservativen Schichten nicht mehr?

Da kommt es immer auf die Fallhöhe an. Das Bundestagswahlergebnis von 2013 war exorbitant gut. Es befand sich in einer Höhe, von der man leicht abstürzen kann. Bei der Bundestagswahl hat die gesamte Union verloren. Auch ich habe im Wahlkreis neun Prozent verloren.

Woran liegt das?

Gute Frage. Bei den Landtagswahlen hatten wir es schwer gegen einen Ministerpräsidenten, der über das Bundesland hinaus zu den beliebtesten Politikern zählt. Dazu kam dann die Flüchtlingskrise, für die wir kein schlüssiges Konzept vorweisen konnten. Das hat sich entsprechend negativ auf die Bundestagswahlen ausgewirkt.

Gilt das nur für die Flüchtlingskrise oder liegt das auch daran, dass sich die CDU mittlerweile von fast allen Markenkernen verabschiedet hat? Haben Konservative in der Union noch eine Heimat?

Die Welt ändert sich ständig und so macht es auch für eine konservative Partei keinen Sinn, etwa an der allgemeinen Wehrpflicht festzuhalten. Generell würde ich Ihnen Recht geben, wenn Sie sagen, dass von den drei Wurzeln der CDU der konservative Teil unter den jüngsten Entwicklungen am stärksten gelitten hat.

Zählen Sie sich diesbezüglich dazu?

Ich würde mich nicht zum Teil der Leidenden zählen. Aber ich habe sicher eine konservativ-liberale Ausrichtung und tatsächlich meine ordnungspolitischen Probleme mit dem Mindestlohn oder mit der Rente mit 63 in einer alternden Gesellschaft mit einer immer höheren Lebenserwartung.

Nächstes Jahr sind Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Womit will die CDU konkret bei den Wählern punkten?

Ein Markenkern unserer Kommunalpolitik ist das Subsidiaritätsprinzip. Da geht es darum, den Staat so bürgernah und effizient wie möglich zu organisieren. Kommunen sollen selbst entscheiden, wie sie etwas organisieren, Bund und Land lediglich Rahmenbedingungen setzen und finanziell unterstützen.

Wie schaut es beim Thema Verkehr aus?

Bei der Infrastruktur wollen wir vorankommen, zum Beispiel beim Lückenschluss der B 523. Bei dem Thema müssen wir als Landkreis mit einer Stimme auftreten. Auch das Schienennetz muss ertüchtigt und vollständig elektrifiziert werden, zum Beispiel der Zugang von Villingen zur Gäubahn nach Rottweil oder die Anbindung von St. Georgen an den Ringzug. Und natürlich steht auch die digitale Infrastruktur im Mittelpunkt unserer Arbeit.

In Donaueschingen schimpfen viele über den Zubringer Hüfingen-Nord zur B 27, der keinen Beschleunigungstreifen hat. Warum eigentlich nicht?

Den wird es nach dem vierspurigen Ausbau der B 27 geben. Als Donaueschinger kann ich sagen, dass es schon viel besser geworden ist. Früher war es ein Unfallschwerpunkt. Der Ausbau wird Donaueschingen und Hüfingen massiv entlasten. Im Endausbau dann auch mit Beschleunigungsspur.

Ein großes Problem ist trotz statistischer Überversorgung der Mangel an Ärzten im ländlichen Raum. Wie wollen Sie das Problem in Angriff nehmen?

Es ist ein drängendes Problem, obwohl wir in Deutschland so viele Mediziner

ausbilden wie nie zuvor, darunter auch viele Frauen. Wir können nur Anreize schaffen, aber keinen Mediziner aufs Land zwingen. Selbst das Klinikum hat Probleme mit dem Besetzen von Wochenend-Notdiensten, obwohl die Bezahlung sehr attraktiv ist.

Sind Anfahrtswege zu Fachärzten nach VS zumutbar?

Wenn Sie einen Hausarzt brauchen, dann sollte der vor Ort sein. Das hat ja auch etwas mit Lebensqualität zu tun. Bei den Fachärzten wird das so nicht möglich sein. Da ist dann auch die Fahrt nach Villingen-Schwenningen vertretbar. Fachärzte werden leider nach einer rein schematischen Betrachtungsweise verteilt.

Aber das ist doch absurd!

Absolut. Und das darf man eigentlich auch nicht gelten lassen.

Glauben Sie, dass Digitalisierung und Mobilitätswende Arbeitsplätze in der Region kosten werden?

Unter dem Strich glaube ich nicht, dass es in Deutschland dadurch zu höherer Arbeitslosigkeit kommt. Wir haben hier in der Region Fachkräftemangel, obwohl die Automatisierung deutlich zugenommen hat. Und bei meinen Unternehmensbesuchen kann ich die Effekte der Digitalisierung überall schon sehen. Ich sehe die Digitalisierung als Riesenchance, aber auch als unumgängliche Entwicklung.

Wie stehen Sie zum Ausbau der Windkraft in der Region?

Durch den Atomausstieg ist der Druck größer geworden, auf alternative Energiequellen umzusteigen. Irgendwoher muss der Strom ja auch kommen. Es macht aber keinen Sinn, hochsubventionierte Kapazitäten aufzubauen, wenn wir für die Netzstabilität die Energieüberschüsse ans Ausland abgeben müssen und dafür auch noch bezahlen. Wichtiger wären für mich funktionierende Stromtrassen von Nord nach Süd und der Ausbau der Speicherkapazität.

Im Oktober ist Oberbürgermeisterwahl in VS. Was wünschen Sie Ihrem Freund Jürgen Roth für seine Kandidatur?

Jürgen Roth ist ein ausgewiesener Fachmann, den ich lange kenne und sehr schätze. Er würde das in Villingen-Schwenningen super machen.

Ist das Amt nicht eine Nummer zu groß für ihn?

Nein, das glaube ich nicht. Jürgen Roth hat in den letzten Jahren für Tuningen alles herausgeholt, was ging. Dasselbe würde er sicher auch in VS tun.

FRAGEN: KEVIN RODGERS